



Wir brauchen keine Namensschilder



Es war abzusehen, dass im bayerischen Landtag früher oder später ein solcher Antrag auf die Tagesordnung kommt. In diesem Fall waren es die Grünen, die die Vorreiterrolle übernommen haben und Namensschilder für die Polizei forderten. Dieses Thema ist ein Dauerbrenner und kommt von Zeit zu Zeit immer wieder auf die Tagesordnungen der verschiedenen Länderparlamente.

Es geht in diesen Anträgen jeweils darum, uniformierte Polizeibeamtinnen und -beamten beim Einsatz mit Namens- oder Dienstnummern auszustatten. Begründet wird dieser Antrag damit, dass es in den letzten Jahren immer wieder Situationen gegeben hat, in denen Beamte insbesondere beim Einsatz von geschlossenen Einheiten nicht identifizierbar waren. Angespielt wird hier offensichtlich auf die Polizeieinsätze in München oder Berlin am Rande von Fußballspielen oder Demonstrationen, bei denen es zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen ist und dabei auch Vorwürfe gegen die Polizei erhoben wurden, zu Unrecht auf unbeteiligten Passanten eingepöbeln zu haben.

Die Grünen und Teile anderer Parteien berufen sich in ihrem Antrag auf die Umsetzung des European Code of Police Ethics (ECoPE), der bereits am 19. September 2001 vom Ministerkomitee des Europarates verabschiedet wurde. Hie-

rin ist festgeschrieben, dass „Polizeibedienstete auf allen Rangstufen persönlich verantwortlich und rechenschaftspflichtig für ihr eigenes Tun und Unterlassen oder für ihre Anweisungen an Untergebene sind.“ In der Kommentierung dazu heißt es: „Ohne die Möglichkeit, eine/n Polizeibediensteten persönlich zu identifizieren, wird der Begriff der Rechenschaftspflicht aus der Perspektive der Öffentlichkeit sinnentleert.“

Die Antragsteller berufen sich auf Beispiele aus anderen Ländern wie Amerika und England. In New York gibt es bereits seit 1975 die Verpflichtung zur Kennzeichnung mit Namensschildern und bei der Metropolitan Police in England ist das Tragen von Identifizierungsnummern seit 2004 Pflicht.

In Deutschland gibt es in allen Bundesländern keine Verpflichtung zum Tragen von Namensschildern. Freilich laufen auch dort immer wieder, wie bereits erwähnt, Bestrebungen, Namensschilder für die Polizei einzuführen. Aktuell in Berlin. Dort möchte der dortige Polizeipräsident Glietsch mit der Einführung der neuen blauen Uniform gleichzeitig Namensschilder einführen und erhält offensichtlich von Innensenator Körting auch Rückendeckung. Diese Bestrebungen werden von der dortigen GdP massiv abgelehnt. Wie letztendlich der Senat entscheiden wird, ist vollkommen offen.

In Bayern hat sich der Stadtrat von München, weder sachlich noch fachlich legitimiert, für eine Kennzeichnung der Polizei ausgesprochen. Die GdP in Bayern hat hier eine klare Position. Wir brauchen keine zwangsweise Einführung von Namensschildern und wir brauchen auch keine Nummerierung für unsere Kollegen. Natürlich erkennt die GdP, dass der Polizeibeamte als Bürger in Uniform im täglichen Einsatz auf der Straße leichter angesprochen werden kann, wenn der Bürger mit einem einfachen Blick auf ein Schild den Namen des Beamten erkennen kann. Nicht zuletzt aus diesem Grund nimmt die Zahl der Polizeibeamten, die im Streifendienst auf **freiwilliger**

Basis ein Namensschild tragen, kontinuierlich zu.

Völlig anders liegt die Lage aber im Fall der geschlossenen Einheiten. Hier sehen sich die Kollegen in zunehmender Weise sehr aggressiven Tendenzen und Aktivitäten des polizeilichen Gegenübers ausgesetzt. Bedrohungen und strafrechtliche Verfolgungen aufgrund angeblich rechtswidrigen Verhaltens gehören zunehmend zum Alltag vieler Polizeibeamten, die ihren Dienst in geschlossenen Einheiten verrichten.

Die GdP sieht sich in der Verpflichtung, sich schützend vor die Kollegen zu stellen, die in geschlossenen Einheiten eingesetzt sind. Die GdP ist der Auffassung, dass anlass- und situationsbezogen freiwillig ein Namensschild getragen werden kann.

Unsere Kollegen in Bayern haben kein Verständnis dafür, wenn einerseits im Versammlungsrecht das Vermummen zu einer Ordnungswidrigkeit herabgestuft und andererseits die Kollegen individuell gekennzeichnet werden sollen.

Es grüßt Euch

Euer

Harald Schneider



Fachhearing der CSU zur Dienstrechtsreform

Am 7. 10. 2009 fand im Bayer. Landtag auf Einladung der CSU-Fraktion ein Fachhearing zum neuen Dienstrecht statt. Eingeladen hatte der Ausschuss Öffentlicher Dienst unter Leitung der Vorsitzenden Frau Heckner (CSU) und ihrem Vertreter Prof. Dr. Barfuß (FDP). Eingeladen waren neben Verfassungsrechtlern und Beamtenrechtsexperten auch Berufs- und Personalvertretungen. Für den GdP-Landesvorstand nahmen Ernst Ziegenheim, Marlene Karnasch und Peter Schall teil.

Einleitend stellten die Verfassungsrechtler auch unter Anlehnung an ein Gutachten von Dr. Pechstein, der auch für die Bundes-GdP bereits einschlägige Gutachten zum Berufsbeamtentum sowie der Alimentation erstellt hat, fest, dass der vom StMF vorgelegte Gesetzesentwurf eindeutig verfassungsgemäß sei. Auch die Vereinheitlichung der Laufbahnen zu einer sog. Leistungslaufbahn stoße entgegen der Meinung

so manchem höheren Beamten auf keine Bedenken. Ziel des neuen Dienstrechts für Bayern sei, ein Personalentwicklungskonzept in allen Ressorts und damit einen motivierten und leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu erreichen. Der Vorgesetzte muss sich mit seinen Mitarbeitern und deren beruflichem Fortkommen beschäftigen, so MDir. Hüllmantel für das StMF. Die Leistungsbezahlung werde eingeführt; Grundlage sei eine positive Leistungsfeststellung durch den Vorgesetzten, die oft von der Öffentlichkeit vorgeworfene „Sitzprämie“ rein wegen des Lebensalters habe ausgedient. Auch die Experten auf dem Podium waren sich einig, dass die Einheitslaufbahn den Grundsatz des „Lebenslangen Lernes“ fördere, dies sei vor dem Hintergrund einer immer mehr heterogenen Gesellschaft aber auch insbesondere wegen der immer kürzeren Halbwertszeit des Wissens unabdingbar.

Durch den Beibehalt der Einstiegsämter je nach Vorbildung gibt es auch keine beamtenrechtlichen bzw. verfassungsmäßigen Bedenken. Die Beförderung bleibe auch weiterhin das oberste Ziel für eine Bezahlung nach Leistung, doch sollen eben auch Elemente zur Leistungsbezahlung unterhalb einer Beförderung geschaffen werden. Dass diese Elemente nicht versorgungsberechtigt seien, bedeutet nicht deren Unzulässigkeit, denn die versorgungsfähige Beförderung werde ja nicht nur nach Leistung, sondern auch nach Eignung und Befähigung vergeben.

Insgesamt forderten mehrere der Fachleute allerdings eine Evaluation des Dienstrechts fünf Jahre nach dem Inkrafttreten, inwieweit die Ziele erreicht sind und um etwaige Fehlentwicklungen zu erkennen und zu beseitigen.

Zum umfangreichen Gesetzeswerk selbst gab es nur wenige Neuigkeiten. Für die Polizei bleibt es allerdings beim bisheri-

gen 16-Punkte-System für die Beurteilung und auch die Aufstiegsregelungen im Polizeibereich bleiben ebenso bestehen wie die sog. „Verzahnungsämter“. Die Dienstgrade PHM und EPHK bleiben also auch zukünftig, dies sei der ausdrückliche Wunsch des Innenministeriums, so das StMF. Überhaupt will das StMF den Ressorts die neuen Regeln nicht „überstülpen“, sondern möglichst viele Freiheiten bei der Konzeption der sog. Modularen Ausbildung für Aufsteiger durch Berufserfahrung lassen. Daher werde auch der ursprünglich angedachte 5-Punkte-Rahmen für eine Beurteilung aufgehoben, Beurteilungen müssen mindestens 7, maximal jedoch 16 Punkte umfassen.

Für die GdP forderte stv. Landesvorsitzender Peter Schall nochmals die Beibehaltung der **Lebensarbeitszeitgrenze 60 Jahre („40 Jahre Polizeidienst sind genug“)**, es zeigte sich jedoch, dass auch andere Ressorts Begehrlichkeiten diesbezüglich haben. Insbesondere die diversen Lehrerververtretungen fordern nun auch eine Sonderaltersgrenze. Beide Fraktionsvertreter mahnten an, dass solche Dinge nur zu verwirklichen seien, wenn deren Finanzierbarkeit geklärt sei. Zudem wolle man Neiddiskussionen der Bevölkerung gegen die Beamten vermeiden. Fällt die Verlängerung der Lebensarbeitszeit in der Rentenversicherung, wird selbstverständlich auch bei den Beamten keine erfolgen, so die Politik.

Die GdP wird natürlich in allen weiteren Verhandlungen weiter für den Beibehalt der 60-Jahres-Grenze eintreten, die erste Lesung im Landtag ist für Februar 2010 avisiert. Ende November dieses Jahres wird der überarbeitete Gesetzesentwurf nochmals im Rahmen der formellen Beteiligung an die Berufsvertretungen gehen, sodass auch hier nochmals Änderungswünsche vorgebracht werden können, so MDir Hüllmantel vom StMF. **(PSch)**

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Dezember 2009 ist am 10. November 2009. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Bernd Fink
Germaniastr. 39
80805 München
Telefon (01 71) 5 56 40 95
E-Mail: berndfink.muenchen@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigentel:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

BayZeit – aktueller Sachstand

Immer mehr Dienststellen sind in das Projekt BayZeit eingebunden. Im Hauptpersonalrat gab es dazu einige Berichte, zudem begleitet der HPR das Projekt durch sog. „Paten“, um etwaige Probleme gleich zu erkennen und ggf. notwendige Gegenmaßnahmen einzuleiten. Derzeit kann jedoch gesagt werden, dass das Projekt sehr gut läuft und eine anfängliche Skepsis der damit

„bedachten“ Dienststellen sehr schnell verfliegt. Bislang gab es keine einzige Buchung, die verschwunden wäre. Jede Dienststelle wird bei der Einführung intensiv betreut und die sog. Rollen in Zusammenarbeit mit der Dienststelle individuell vergeben.

Eigentlich kein Problem von BayZeit sind Probleme bei der Stundenfortschreibung, weshalb es dazu auch eine eigene Ar-



PERSONALRATSWAHL/AUS DEM LANDESBEZIRK

beitsgruppe gibt. Diese hat bei der jüngsten Sitzung beschlossen, dass eine Evaluierung von BayZeit einschließlich der Stunden-schreibung im Frühjahr 2010 erfolgen soll, der Bericht dazu soll dann Anfang August 2010 vorliegen. Bis dahin sind alle Probleme, die ggf. eine Umprogrammierung erfordern (wie z. B. auch die Problematik Umrechnungsfaktor), aufgeschoben. Für Schichtbeamte soll eine reine Anwesenheitsbuchung per Chip den DGL entlasten, es handelt sich dabei um eine sog. Blindbu-

chung ohne Dokumentation der Echtzeit, also eine Anwesenheitskontrolle – geschrieben wird dann die reguläre Dienstzeit laut Plan wie vorher eingestellt.

Die vorläufige Dienstvereinbarung des HPR für BayZeit wurde per Beschluss bis zur Vorlage des Evaluationsberichts, spätestens jedoch bis zum 31. 12. 2010 verlängert, um sie nicht wie bisher vorgesehen jeden Monat erneut verlängern zu müssen. Bis dahin liegen dann die Ergebnisse der Evaluation sowie die Auswertungen für ein

komplettes Jahr vor. Auch die immer wieder aufgebrachte Thematik Rüstzeiten wird derzeit kontrovers diskutiert – es gibt Kollegen, die das wollen, dann aber sofort abbrechen, wenn ihnen bewusst wird, dass eben dann auch das in vielen Fällen übliche „Früher gehen“ (wenn die Ablösung da ist) minutengenau protokolliert würde. Nach momentaner Einschätzung der Arbeitsgruppe sind die Meinungen 50:50, weshalb eine offizielle Regelung dieses Problems ebenfalls erst nach der Evaluierung erfolgen soll.

24. November – Personalratswahlen in der Oberpfalz

Von Gerhard Knorr, Vorsitzender BG Oberpfalz



Der Termin steht schon lange fest. Am 24. November wird im neuen Polizeipräsidium Oberpfalz als eine Folge der Reform ein neuer Personalrat gewählt. Das bisherige PP Niederbayern/Oberpfalz war als sogenanntes Teilungspräsidium im besonderen Maße von der Reform betroffen. Die von der Politik angekündigten positiven Auswirkungen erweisen sich mehr und mehr als leere Versprechungen. Die Reform, die nichts kosten sollte, wird immer teurer und die Kolleginnen und Kollegen warten vergebens auf das angekündigte Mehr an Personal auf der Straße. Ganz im Gegenteil, viele Dienststellen stehen vor dem personellen Kollaps!

Dass wenigstens die reformbedingt notwendigen Personalmaßnahmen für die betroffenen Beschäftigten so sozial verträglich wie möglich durchgeführt wurden, ist ganz maßgeblich ein Verdienst der Personalräte der GdP. Sie waren es, die sich in den Projektgremien unermüdlich für die

Belange der Kolleginnen und Kollegen eingesetzt haben.

Beispielhaft möchte ich hier unsere befristet Beschäftigten im Tarifbereich erwähnen. Nach den ersten Planungen musste davon ausgegangen werden, dass durch die notwendige Verlagerung von Tarifstellen nach Niederbayern eine Vielzahl von Arbeitsverträgen nicht mehr verlängert werden kann. Dass es letztendlich in keinem einzigen Fall so weit gekommen ist, daran haben die gewählten Tarifvertreter der GdP hartnäckig und erfolgreich mitgearbeitet.

Deswegen sind sie für die Gruppe Tarif am 24. November die bessere Wahl – die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP.

Bereits in einer sehr frühen Phase der Reform hat der Fachausschuss Kriminalpolizei ein Positionspapier zur „Organisation der Kriminalitätsbekämpfung“ erarbeitet. Die flächendeckende Einführung der Kriminaldauerdienste und die KPI/Z in ihrer heutigen Form tragen ganz maßgeblich die Handschrift dieses Konzepts. Von keiner anderen Berufsvertretung ist dem Verfasser dieser Zeilen bis zum heuti-

gen Tag ein ähnliches Papier bekannt.

Deswegen sind sie für die Angehörigen der Kriminalpolizei am 24. November die bessere Wahl – die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP.

Unermüdlich und zuverlässig sind wir rund um die Uhr für euch im Einsatz. Als kompetenter und streitbarer Ansprechpartner finden die GdP-Personalräte Anerkennung und Gehör in allen Ebenen der bayerischen Polizei und in der Politik. In vielen Gesprächen und Diskussionen haben wir eure berechtigten Anliegen vorgebracht und vertreten. Die Erfolge, wie zuletzt die angekündigte Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, geben uns Recht!

Deswegen sind sie für alle Kolleginnen und Kollegen in der Oberpfalz am 24. November die bessere Wahl – die Kandidatinnen und Kandidaten der GdP.

Ich möchte auf diesem Weg jeden einzelnen von euch um eure Stimmen für die GdP bitten. Unterstützt auch in der Diskussion und in den Gesprächen auf den Dienststellen unsere Kandidatinnen und Kandidaten, denn:

„Jede Stimme zählt!“

Erneuter Wechsel im Bayer. Innenministerium

Nachdem unser bisheriger Innenstaatssekretär Dr. Bernd Weiß aus Unterfranken Mitte Oktober wegen fachlicher Differenzen mit Ministerpräsident Horst Seehofer bezüglich der Finanzierung des Digitalfunks von seinem Amt zurückgetreten ist, wird hier nun bereits der 4. Innenstaatssekretär in drei Jahren ins Amt gehoben. Wir verlieren in Bernd Weiß einen zuverlässigen und kompetenten Verhandlungspartner, der sich im vergangenen Jahr stets persönlich um das Wohl und

das Fortkommen der bayerischen Polizei gekümmert hat. Sein Rücktritt zeigt uns, wie sehr er zum Beispiel das baldige und flächendeckende Funktionieren des Digitalfunks zu seinem Ziel erkoren hat. Wir wünschen Bernd Weiß auf seinem weiteren politischen wie auch persönlichen Weg alles Gute.

Als seinen Nachfolger hat Ministerpräsident Seehofer den unterfränkischen MdL Gerhard Eck berufen. Eck hat eine Lehre als Maurer absolviert und leitete neben seiner

Abgeordnetentätigkeit noch ein Bauplanungsbüro. Er war zudem seit 1990 Bürgermeister der Gemeinde Donnersdorf. Für das Amt als Innenstaatssekretär qualifiziert ihn bisher vor allem sein zweifellos fundiertes kommunalpolitisches Wissen, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit ist er bis dato ein eher unbeschriebenes Blatt. Dies wird sich in seiner neuen Funktion sicherlich rasch ändern. Im Bayer. Landtag war er bisher Vorsitzender des Agrarausschusses.



Kriminalpolizei München – anders als die anderen?

Gedanken zur kriminalpolizeilichen Arbeit im Ballungsraum

Von Andreas Gollwitzer, Teil 3

Landesweite Projekte und Zentralstellenarbeit

Die Münchner Polizei ist seit jeher bemüht, den hohen Fallzahlen durch eine optimierte Sachbearbeitung unter Einsatz auch innovativer Methoden zu begegnen. Begünstigt wird dieser Innovationsgedanke auch dadurch, dass die hohen Fallzahlen eine Einführung neuer kriminalistischer und kriminaltechnischer Methoden effektiver machen, als dies bei einer niedrigeren Belastung der Fall wäre. Auch die Auslastung teurer Spezialgeräte ist dadurch höher und deren Anschaffung besser begründbar, als bei weniger belasteten Dienststellen.

Dies hat dazu geführt, dass beim PP München zahlreiche bayernweite Pilotprojekte laufen oder Zentralstellenarbeit für überregionale Arbeitskreise geleistet wird. Die zunehmende Komplexität technischer Anwendungen und die zu berücksichtigenden Vernetzungen mit bereits bestehenden Systemen erfordern ein umfangreiches Projektmanagement, das Personal aus den jeweiligen Pilotdienststellen bindet.

Aktuell läuft beim Kriminalfachdezernat 9 gemeinsam mit der KPI Fürstenfeldbruck ein landesweites Pilotprojekt zur elektronischen Archivierung von Kriminalakten (EKAA). Dass das PP München wie so oft eine Vorreiterrolle bei der Einführung eines neuen Archivierungssystems einnimmt, liegt wieder in der Struktur einer Kriminalpolizei im Ballungsraum begründet. Beim PP München gibt es mit dem K 106 ein eigenes Kommissariat, das ausschließlich für die Verwaltung der Kriminalakten und die Zuteilung der Vorgänge an die Fachkommissariate zuständig ist. Mit einem Aktenbestand von über 350 000 Personenakten ist das PP München das größte aktenführende Polizeipräsidium. Lediglich beim BLKA ist die Zahl mit ca. 400 000 Akten noch größer, dies beruht aber allein auf der Tatsache, dass für jede vom BLKA ins INPOL eingestellte Ausschreibung ein Personenakt angelegt wird. Alle anderen Polizeipräsidien haben weniger als die Hälfte der beim PP München liegenden Akten, wobei auf der Fläche die Akten ja zum Teil auf PI-Ebene geführt

werden und erst dann an die KPI abgegeben werden, wenn der Täter überörtlich tätig wird. Eine durchschnittliche KPI, die den Bereich einer ehemaligen Direktion betreut, hat etwa ein Fünftel der in München zu verwaltenden Personalakten.

Als weitere Zentralstellen wären HEADS oder die Operative Fallanalyse Bayern genannt, die beide beim Kriminalfachdezernat 1 angesiedelt sind. Diese Projekte wurden zunächst vom PP München initiiert und wurden dann aufgrund der gewonnenen Erfahrungen bayernweit ausgedehnt. Im Fall HEADS bekam das PP München die zentrale Koordinierungs- und Bewertungsarbeit zugewiesen und steuert Informationen an die HEADS-Sachbearbeiter in ganz Bayern weiter. Die notwendige Veranstaltung überregionaler Workshops und Besprechungen ist ein weiterer belastender Faktor. Unter den derzeitigen Bedingungen muss man sich fragen, ob die Belastung durch die Wahrnehmung bayernweiter Aufgaben genügend gewürdigt wird. Andernfalls besteht die Gefahr, dass sinnvolle Innovationsbestrebungen zurückgeschraubt werden, um die eigene Organisation nicht noch mehr zu belasten.

Kriminalpolizei im Ballungsraum

Wie bereits dargestellt, ist die kriminalpolizeiliche Arbeit im Ballungsraum schon allein durch den zahlenmäßigen Einlauf im Vergleich zur Fläche erschwert. Auch die Zentralstellenarbeit und die Projekte führen dazu, dass immer wieder Sachbearbeiter aus dem täglichen Dienst herausgenommen werden und die bei den Basisdienststellen nach wie vor vorhandene Arbeit auf die Schultern der verbleibenden Sachbearbeiter verteilt werden muss.

Ein weiterer Aspekt, der bei der Kriminalpolizei im Lauf der Jahre zu einem faktischen Personalabbau geführt hat, ist die organisatorische Reaktion auf gesellschaftliche, technische oder statistische Neuerungen. Hier seien neben den oben genannten Zentralstellen exemplarisch nur einige Dienststellen genannt, die in den vergangenen zehn Jahren neu aufgebaut oder bei irgendwelchen Dienststellen angegliedert wurden: BAO AkiS (jetzt K

42), die AG DNA, die Dokumentenprüfungskommission, die zwei Ausländerkommissariate K 214 und K 215 (jetzt K 34 und K 66), die Präventionsdienststelle K 314 (jetzt K 105) und die RBA. Weitere Dienststellen wären z. B. die Taschendiebfahndung, mit der auf ein massenmäßiges Großstadtphenomen reagiert wird, sowie Dienststellen für IuK-Kriminalität, Ziel-fahndung und Personenschutz. Alles Dienststellen, die es in der Fläche überhaupt nicht gibt oder deren Aufgaben wegen der geringen Fallzahlen nebenbei wahrgenommen werden können. All diese Dienststellen wurden immer auf Grund von Sachzwängen eingerichtet, das Personal wurde aus anderen Kommissariaten rekrutiert, eine Etablierung und die entsprechende Ausweisung neuer Planstellen erfolgte nur vereinzelt. Dies führt dazu, dass bei den einzelnen Dienststellen immer weniger Sachbearbeiterstunden im Verhältnis zu den Fallzahlen zur Verfügung stehen.

Eine gründliche Ermittlungsarbeit in jedem einzelnen Fall ist unter diesen Voraussetzungen nicht mehr möglich. Es müssen Prioritäten gesetzt werden, wobei Konflikte wegen unterschiedlicher Betrachtungsweisen zwischen Sachbearbeitung, Stabsdienststellen und der Staatsanwaltschaft vorprogrammiert sind. Erschwerend kommt weiter hinzu, dass die Staatsanwaltschaft auch im Hinblick auf die sehr kritische Sichtweise der Obergerichte auf staatliches Ermittlungshandeln zunehmend Nachermittlungen auch in Fällen in Auftrag gibt, die vor einiger Zeit noch ohne weiteres entweder angeklagt oder eingestellt worden wären. Insbesondere die Sachbearbeiter der Körperverletzungs-Kommissariate beklagen häufig, dass für Vorgänge noch ein Ermittlungsauftrag erteilt wird und zeitgleich aber bereits feststeht, dass das Verfahren eingestellt wird. Dies darf aber nicht als Kritik an der Staatsanwaltschaft verstanden werden. Auch die StA im Ballungsraum ist um ihre Arbeitsbelastung nicht zu beneiden, derartige Vorgehensweisen sind ebenfalls der Not gehorchend.

Noch ein weiteres Problem führt zu sinkenden Sachbearbeiterstunden bei den einzelnen Kommissariaten: München ist nicht nur ein bedeutender Wirtschafts-



KRIMINALPOLIZEI

standort, sondern auch ein kultureller und sportlicher Anziehungspunkt. Mehrmals im Jahr finden internationale Großereignisse statt, die oft eine BAO für das gesamte Polizeipräsidium erfordern, immer aber einen Kräfteaufruf für einen Einsatzabschnitt „Kriminalpolizeiliche Maßnahmen“ nach sich ziehen. Die zahllosen Überstunden, die hier meist an Wochenenden oder in den Abend- und Nachtstunden aufgebaut werden, müssen dann wieder zu Lasten der täglichen Sachbearbeitung abgebaut werden. Aber nicht nur diese internationalen Mega-Events wie die Münchner Sicherheitskonferenz, internationale Fußballspiele, Open-Air-Konzerte reduzieren die Zahl der Sachbearbeiterstunden, irgendwo in München ist immer eine Versammlung oder Demo, die der polizeilichen Betreuung bedarf. Und wenn man verhindern will, dass die Kollegen vom kriminalpolizeilichen Staatsschutz rund um die Uhr im Einsatz sind, ist auch dies wieder mit Kräfteanforderungen für

andere Dienststellen verbunden. Auch die GeSa und die Haftsachenbearbeitung bei Fußballspielen von inzwischen sechs Mannschaften in vier Ligaklassen müssen besetzt werden, natürlich wieder zu Lasten der Sachbearbeitung. Probleme bereitet hier auch die zunehmende Gewaltbereitschaft der Fans in den unteren Ligaklassen, die einen stark erhöhten Personalansatz auch für die kriminalpolizeiliche Abwicklung bedeutet. Der Münchner Polizeipräsident Prof. Dr. Schmidbauer stellte erst kürzlich in einer Pressekonferenz dar, welch enorme Belastung die neue Ligastruktur für die Münchner Polizei bedeutet. So mussten im Jahr 2008 59 Fußballspiele betreut werden, dabei wurden von 7316 Beamten 48 645 Stunden Dienst geleistet. Die Münchner Polizei trägt allein die Hälfte der Belastung durch Fußballsätze für die gesamte bayerische Polizei!

Darüber hinaus gibt es bei mehreren Dienststellen der Münchner Kripo einen

permanenten Bereitschaftsdienst, so zum Beispiel beim Rauschgiftdezernat oder der Mordkommission. Daneben stellen fast alle Kriminalfachdezernate am Wochenende einen Jourdienst zum Bearbeiten der aktuell angelaufenen Haftsachen. Diese Wochenend- und Rufbereitschaftsdienste führen zu einem weiteren Aufbau der Überstunden, so dass die Münchner Kripo zum Jahreswechsel 2007/08 einen Berg von über 65 500 Überstunden vor sich her schob. **Fortsetzung folgt**

Tauschgesuch

Polizeikommissarin aus Hamburg sucht aus zwingenden familiären Gründen zum 1. 4. 2011 einen Tauschpartner (A 9–A 11) aus Bayern (Stadt München). Tauschwillige erreichen mich unter 01 79-1 40 10 35.

Eigensicherung auf Autobahnen wurde verbessert

Seit vielen Jahren ist die Eigensicherung von Polizeibeamten auf Autobahnen ein wichtiges Thema für die GdP in Bayern. Waren es doch zahlreiche Unfälle mit Kollegen auf den bayerischen Autobahnen, die einen hohen Blutzoll forderten. Die GdP

wurden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 500 000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Arbeitsgruppe und die GdP appelliert an die Kollegen auf der Autobahn, den Warnschutzanzug bei Einsätzen immer komplett zu tragen.

des Kofferraums. Hier herrscht länderübergreifend ein Tohuwabohu und es gibt keine einheitlichen Standards. Das PP Unterfranken testet noch präsidiumsintern mit einer AG Kofferraum bei seinen drei Verkehrsdienststellen den Einbau von Schubladensystemen und wird demnächst einen Bericht vorlegen, der Grundlage für einen Workshop mit anderen Präsidien sein soll.

Vorstöße von Bayern hinsichtlich der Änderung verkehrsrechtlicher Vorschriften hatten bisher auf Bundesebene keinen Erfolg. In die Überlegungen einbezogen wurde das Thema Arbeitsschutz. So wurde eine Gefährdungsbeurteilung vorgenommen und eine Arbeitsgruppe „Sicherer Arbeitsplatz Autobahn“ ins Leben gerufen, an denen sowohl der Hauptpersonalrat wie auch die Berufsvertretungen beteiligt waren.

Landesvorsitzender Harald Schneider, der an allen Besprechungen im Innenministerium teilnahm, lobte ausdrücklich die Arbeit des Ministeriums. Alle waren sich einig, dass die Eigensicherung auf BAB und ähnlich ausgebauten Straßen auch künftig eine Daueraufgabe bleiben wird.

Ein Dankeschön für die geleistete Arbeit in Sachen Eigensicherung auf Autobahnen geht an MD Schuster, LPP Kindler, MR André, LPD Strößner, MRin Els, MR Bäumler, OAR Zollbrecht, EPHK Gloël, POR Königer und EPHK Bayer.

Von Harald Schneider



Harald Schneider zusammen mit Innenminister Joachim Herrmann in Feucht bei einer Präsentation des neuen VW-Busses mit Wechselverkehrszeichenanlage auf dem Dach.

ließ dabei nicht locker und forderte schon seit vielen Jahren eine Verbesserung der Ausstattung, aber auch eine Sensibilisierung der auf den Autobahnen eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Ein großer Fortschritt ist die Einführung des neuen Warnschutzanzuges (Warnklasse III) für alle Verkehrsdienststellen. Hierfür

fenntfahrzeug auf der Autobahn zu entwickeln, der in Abstimmung mit dem Ministerium und den Berufsvertretungen allen Vorstellungen in Sachen Sicherheit entspricht. Voraussichtlich bis Ende 2009 wird BMW das neue Streifenfahrzeug präsentieren können. Die Arbeitsgruppenteilnehmer diskutierten des Weiteren die Ausstattung



Evolution oder Evaluation oder welche Führungskraft hat diesen Mut?

Harry Wagner, stv. BG-Vorsitzender

Die Pflicht zur vollen Hingabe an den Beruf umfasst die Pflicht zur Dienstleistung in zeitlicher Hinsicht ... und ist durch ständige Dienstbereitschaft geprägt. (BVerfG)

Unser Arbeitgeber hat für uns aber Sozialvorschriften erlassen, um seiner Fürsorgepflicht (das ist zwar eigentlich der „Gegenspieler“ zur Treuepflicht) genüge zu tun. Dieses Papier gibt Vorgaben, was einem Angehörigen der Bayer. Polizei an Arbeitszeit zugemutet werden darf.

Natürlich muss es für diese Sozialvorschriften auch Ausnahmen geben. Die gibt es natürlich. Die Rechte der Beamten hinsichtlich der Arbeitszeit können eingeschränkt werden, wenn es die öffentliche Sicherheit und Ordnung notwendig macht.

Für die Bayerische Bereitschaftspolizei bedeutet dies für 2009, dass sich die öffentliche Ordnung und Sicherheit bereits ab Januar nicht mehr ganz wohlfühlt.

Im Januar und Februar werden annähernd ein Drittel (Grundlage: Mann-Std./Nürnberg) der Einsätze in benachbarten Bundesländern bewältigt. Warum? Weil wir aufgrund der Stoiber'schen Sparwut in den Monaten März bis August viel zu wenig operative Einheiten haben, um unsere bayerischen Verpflichtungen auf Bundesebene erfüllen zu können.

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung hat Schnupfen und Fieber. Gewerkschaften und Personalrat drücken noch ein Auge zu. In den Führungsebenen handelt man die Lage kritisch (neudeutsch: Evaluation), das ändert zwar nichts an der Lage der Betroffenen, man ist sich aber der Situation für die operativen Einheiten viel bewusster.

Ab August steigt die Anzahl der Einsätze geringfügig, die öffentliche Sicherheit und Ordnung liegt aber anscheinend auf dem Sterbebett. Bereits weit vor Einsetzen der „Terrorlage“ in Deutschland (die derzeit sicher eine konkrete Bedrohung für unser Land darstellt!) leisten die operativen Einheiten der Bereitschaftspolizei Einsätze aller Art, zu jeder Zeit und mit jeder erdenklichen Vorlaufzeit (vielleicht meint das BVerfG das mit ... ständige Dienstbereitschaft ...?).

Planbare Monate? „Fehlanzeige!“ – Planbare Wochen? „Fehlanzeige!“ – Planbare Wochenenden?

„Wochenende? Ja, da gab es mal eins im

Juli, das war das letzte, das ich frei hatte!“

Erschwerniszulage? „Im Prinzip ja, aber es ist ja kein planbarer Schichtdienst, daher, Nein!“

Wir, die Angehörigen der Bereitschaftspolizei, wissen seit jeher, was zu tun ist, wenn Not im Staat herrscht! Wir zögern auch nicht, diese Belastung auf uns zu nehmen. 18 Stunden Dienst, kein Problem, dann sechs Stunden Pause und wieder 18 Stunden Dienst? Kein Problem für uns. Nur FÜNF freie planbare Wochenenden in einem Jahr (innerhalb der Urlaubszeit, für diejenigen die 30 Tage Urlaubsanspruch haben) kein Problem, oder?

Viele Angehörige des Stammpersonals sind es leid, ihre Familien über die Streichung eines „absolut freien Wochenendes“ wieder mal am Freitagabend kurzfristig berichten zu dürfen. Wer aus den Führungsetagen hat den Mut, zu unseren Familien zu gehen und ihnen zu sagen, dass sie bedauerlicherweise wieder einmal das Wochenende alleine verbringen müssen, weil kurzfristig eine Kirchweih durchgeführt wird, kurzfristig ein Drittligaspiel stattfindet oder plötzlich eine völlig unbekannte Rockband im Nebenraum der Landgaststätte spielt.

Welche Antwort hat diese Führungskraft, wenn die Tochter fragt, ob man nicht auch mal, wie jede andere Familie, am Sonntag einen Ausflug mit dem Fahrrad machen könnte, oder der Sohn erzählt, dass er ein Tor am Samstag geschossen hat und Papa ihn

wohl nicht lieb hat, weil er ihm nie beim Fußball zusieht.

„Nächstes Wochenende habe ich sicher frei, da machen wir eine tolle Fahrradtour/da bin ich bei deinem Fußballspiel dabei und schau dir zu.“ Wenn du als Angehöriger einer Einsatzhundertschaft Glück hast, musst du genau in dieser Sekunde zum Dienst. Denn, es ist immer der falsche Zeitpunkt für Notlügen und du selbst hast den Glauben an diese Wahrheit ja sowieso schon verloren, oder?

Vor über 40 Jahren schafften es Menschen durch Intelligenz, Planungsvermögen und Vorstellungskraft zum Mond zu fliegen.

Es kann nicht mehr lange dauern, bis für die Angehörigen der Bereitschaftspolizei zehn bis zwölf freie Wochenenden außerhalb der Urlaubsrate denkbar sind.

POLIZEI DEIN PARTNER

POLIZEI - UND BÜRGERBALL

SAMSTAG,
07. NOVEMBER 2009
BEST WESTERN TRANSMAIR TRAVEL
HOTEL BAYREUTH-BINDLACH

ENTLASS: 19.00 UHR
BEGINN: 20.00 UHR

VIVA VOCE
ONE & SIX
SYMPHONIC-STRINGS

TANZSHOW DES TANZHAUS JAHN

Weitere Informationen
finden Sie auf der Rückseite.

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI - KREISGRUPPE BAYREUTH-KULMBACH



GdP-Profi-Polizei-Einsatztasche

Für Mitglieder 51,50 €



Robustes, hochwertiges Polyester, gepolsterter Komfortschultergurt und verstärkte Seitenteile. Diese universelle Einsatztasche wurde aus der Praxis für die Praxis von Polizeibeamten aus den Spezialeinheiten und des täglichen Einsatzes im Streifendienst, geschlossenen Verbänden und Spezialeinheiten entwickelt. Volumen 48 l. (Mit reflektierender Ausrüstung „POLIZEI“, sonst ohne Zubehör).

Unverzichtbarer Ausrüstungsgegenstand im polizeilichen Alltag, auch für freizeitbezogene Aktivitäten geeignet.

für Mitglieder 51,50 €
für Nichtmitglieder 63,50 €
plus Versandkostenpauschale

Vergleichen lohnt sich
089/57 83 88 28 • www.swbayern.de

Mitgliedenservice der GdP Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansstraße 101
80688 München
Tel. 089 / 57 83 88 28
Fax. 089 / 57 83 88 25
Mail info@swbayern.de
www.swbayern.de

Wichtiger Hinweis für die Mitglieder der Sterbegeldversicherung der Deutschen Beamtenversicherung Lebensversicherung AG

Liebe Mitglieder,

in den Zeitungen war viel über die Reform des Versicherungsvertragsgesetzes zu lesen.

In diesem Zusammenhang haben wir mit der DBV (Deutsche Beamtenversicherung Lebensversicherung AG) vereinbart, dass wir unseren Informationsservice zu Sterbegeldversicherungen weiter verbessern.

Mussten Sie sich bislang an die DBV wenden, können Sie sich jetzt direkt an uns wenden, wenn Sie den aktuellen Stand ihrer Sterbegeldversicherung erfahren möchten.

Schicken Sie einen Brief, ein Fax oder eine E-Mail.

Sie erhalten dann umgehend die gewünschte Information von uns.

Ihr SW-Team

Tel. 0 89 / 57 83 88-28

Fax 0 89 / 57 83 88-29

E-Mail grillo@swbayern.de

LED LENSER® P7

Zum sensationellen Preis von **nur 38 €** + 8 € Versandkosten. Erhältlich beim Sozialwerk der GdP Bayern.

Bei Bestellung von 6 Lampen versandkostenfrei, Solange der Vorrat reicht.

LED LENSER®



Die LED LENSER® P7 ist für Profis und Anwender mit höchsten Ansprüchen konzipiert worden. Sie ist mit den Linsen des Advanced Focus Systems und dem Fokussiermechanismus des neu entwickelten Speed Focus ausgestattet. Die Lichtleistung ist 3 bis 4 mal so hoch wie die einer herkömmlichen schweren Stablampe mit Glühbirne*. Sie wählen zwischen bläuenartigen, kühlen Licht oder bis zu 500 Meter weit reichendem, scharf fokussiertem Licht. Die Lampe ist modular konzipiert mit einem Dynamic Switch ausgestattet (wichtig für Polizei und Armee) und hat 3 Helligkeitsstufen. Eine preiswerte Batteriepackung garantiert bis zu 150 Stunden Licht! Mit der LED LENSER® P7 erwerben Sie die beste Lampe, die die LED LENSER® - Lichtforschung heute zu bieten hat.

Mitglieder.Sparen.Einfach.
089/57 83 88 28 • www.swbayern.de

Mitgliedenservice der GdP Sozialwerk der GdP Bayern GmbH

Hansstraße 101/1
80688 München
www.swbayern.de

Telefon 089 / 57 83 88 28
Telefax 089 / 57 83 88 25
Email info@swbayern.de

